

Das Projekt VIA: Gewaltprävention in Institutionen gemeinsam gestalten

Stefania Calabrese, Andreas Fink, Carla Clavadetscher und Andreas Tauber

Zusammenfassung

Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen in Institutionen sind besonders häufig von Gewalt betroffen. Dennoch werden sie selten in die Entwicklung und Konzeption von Gewaltpräventionsmassnahmen einbezogen. Das Projekt «VIA – Wege der Gewaltprävention gemeinsam gestalten» möchte dies ändern. Im Rahmen des Projekts wurde die Perspektive von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen eingeholt und Inhabende von Meldestellen befragt. Das Ziel ist es, praxistaugliche, zugängliche und wirksame Präventionsansätze zu entwickeln. Im Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse der Befragung dargelegt.

Résumé

Bien que les personnes avec une déficience intellectuelle vivant en institution soient particulièrement exposées aux violences, elles sont rarement associées à la conception et l'élaboration des mesures de prévention contre celles-ci. Le projet « VIA – Concevoir ensemble des stratégies pour prévenir la violence » aimerait changer cette situation. Dans le cadre de ce projet, les points de vue de personnes avec une déficience intellectuelle ont été recueillis et des responsables de services de signalement ont été interrogés. Le but est de développer des stratégies de prévention pratiques, accessibles et efficaces. Cet article présente une sélection des résultats issus de cette enquête.

Keywords: Behinderung, kognitive Beeinträchtigung, Gewalt, Prävention, Partizipation, Institution / handicap, déficience intellectuelle, violence, prévention, participation, institution

DOI: <https://doi.org/10.57161/z2026-06-02>

Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik, Jg. 32, 06/2026



Ausgangslage

Gewalt in Institutionen für Menschen mit Behinderungen ist ein relevantes, jedoch unzureichend beleuchtetes Phänomen. Zur Prävalenz der Gewalterfahrungen im stationären und ambulanten Setting gibt es für die Schweiz bislang keine systematischen und belastbaren Daten. Mehrere internationale Studien zeigen, dass für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen ein besonders hohes Risiko besteht, Gewalt zu erfahren. Diese Personengruppe ist deutlich häufiger als andere Gruppen von verschiedenen Formen von Gewalt betroffen – darunter körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt (Hughes et al., 2012; Starke et al., 2024; Beadle-Brown et al., 2010).

Die wenigen vorliegenden Prävalenzstudien weisen auf alarmierende Ausmasse hin: In einer Studie in Deutschland berichteten 66 Prozent der stationär lebenden Frauen und 63 Prozent der Männer von psychischer Gewalt im Erwachsenenalter. 50 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer haben körperliche Gewalt erfahren, 22 Prozent der Frauen und 11 Prozent der Männer sexualisierte Gewalt (Schrötte et al., 2024). Eine österreichische Prävalenzstudie zeigt, dass 66 Prozent der befragten Erwachsenen in Einrichtungen der Behindertenhilfe in den drei Jahren vor der Erhebung mindestens einmal psychische, 39 Prozent mindestens einmal physische und 28 Prozent mindestens einmal sexualisierte Gewalt erfahren haben (Mayrhofer et al., 2019).

Erwachsene, die in stationären Settings leben, weisen ein erhöhtes Risiko auf, Gewalt durch Betreuungspersonen zu erfahren. So zeigt eine aktuelle Studie, dass sie «deutlich häufiger und in grösserer Anzahl von Viktimisierungen betroffen sind als Personen, die nicht in solchen Settings leben» (Codina et al., 2024, Übers. d. Verf.). Gewalt im institutionellen Kontext geht jedoch nicht ausschliesslich von Betreuungspersonen aus. Mayrhofer und Fuchs (2020) zeigen, dass

gerade körperliche Gewalt gegenüber Menschen mit Beeinträchtigungen in Institutionen häufig durch Mitbewohner:innen ausgeübt wird.

Gleichzeitig ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Viele Gewalterfahrungen werden nicht erfasst. Das liegt unter anderem daran, dass es für Menschen mit Behinderungen schwierig ist, Gewalt zu erkennen und zu benennen, da Abhängigkeitsverhältnisse bestehen oder zugängliche Meldestrukturen fehlen (Caviezel Schmitz & Krüger, 2023). Auch können Verzerrungen der sozialen Wahrnehmung dazu führen, dass Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen weniger geglaubt wird, wenn sie Gewalterfahrungen artikulieren (Tschan, 2012).

Mayrhofer und Fuchs (2020) verweisen auf Faktoren, die Gewalt in Institutionen begünstigen. Dazu zählen fehlende Privatsphäre, eingeschränkte Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Abhängigkeit von Betreuungspersonen aufgrund eines hohen Unterstützungsbedarfes sowie zu wenig Personal und fehlende Bezugspersonen ausserhalb der Einrichtung (ebd.). Institutionen werden auch als «Hochrisikobereiche» beschrieben, insbesondere für sexualisierte Gewalt (Tschan, 2012, S. 36) und als Kontexte, in denen Gewalt strukturell begünstigt werden kann (Teubert, 2023).

Obwohl Gewaltprävention in den letzten Jahren verstärkt in fachlichen Diskursen und institutionellen Konzepten aufgegriffen wurde, besteht weiterhin ein deutlicher Entwicklungsbedarf. Neben evidenzbasierten Ansätzen fehlen insbesondere Bildungsangebote, die für Klient:innen zugänglich sind. Darüber hinaus mangelt es an praxistauglichen, niederschwelligen und partizipativ entwickelten Zugängen, die Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen in den Mittelpunkt stellen und ihre Perspektiven systematisch einbeziehen. Denn Partizipation ist ein zentraler Faktor wirksamer Gewaltprävention (Teubert, 2023).

Gewaltprävention kann nur dann nachhaltig wirksam sein, wenn sie die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen berücksichtigt.

Das Projekt VIA

Basierend auf dieser Ausgangslage wurde das Projekt «VIA – Wege der Gewaltprävention gemeinsam gestalten» entwickelt. Ziel des Projekts¹ ist es, Gewaltprävention in Institutionen gemeinsam mit Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen zu denken. Auf dieser Basis sollen praxistaugliche, niederschwellige und wirksame Ansätze entwickelt werden.

Das Projekt VIA geht der Frage nach: Wie können Menschen mit Behinderungen, die in Institutionen leben, besser vor Gewalt geschützt werden? Um diese Fragestellung zu beantworten, setzt VIA einen Co-Design-Ansatz um, der partizipative Elemente beinhaltet. Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen werden in den Forschungsprozess einbezogen: Nicht nur als Befragte, sondern als Akteur:innen, die die Entwicklung von praxistauglichen Präventionsmassnahmen mitgestalten. Die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Bedarfe der Adressat:innen sollen erhoben und als Grundlage dazu genutzt werden. Im Zentrum des Projekts steht die Annahme, dass Gewaltprävention nur dann nachhaltig wirksam sein kann, wenn sie die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen berücksichtigt.

Methodisch gliedert sich das Projekt in zwei Phasen. In der ersten Phase wurden Gruppendiskussionen geführt mit Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen. Sie sprachen über ihre Bedürfnisse und die Herausforderungen im Umgang mit Gewalt. Zudem wurden Inhabende von Meldestellen mittels Fragebogen befragt. Aufbauend darauf wurden in der zweiten Phase erste Lösungsansätze entwickelt. In einer nachfolgenden Projektphase werden diese Ansätze weiter ausgearbeitet und konkretisiert sowie auf ihre Praxistauglichkeit geprüft.

Ziel der ersten Projektphase war es, einen Einblick zu bekommen in die Erfahrungen von Menschen mit Beeinträchtigungen in Bezug auf Gewalt und Sicherheit in Institutionen. Zudem sollten gemeinsam erste Ideen für Präventions-

¹ Das Projekt wurde im Rahmen des Innovation Boosters «Co-Designing Human Services» von *Innosuisse* gefördert und zusätzlich durch Eigenmittel der Organisationen *Anthrosocial*, *sebit Schweiz* sowie der *Hochschule Luzern* getragen.

massnahmen erarbeitet werden. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt drei Gruppendiskussionen in Institutionen durchgeführt. Die Teilnehmenden waren Klient:innen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen, die freiwillig teilnahmen. Mit Ausnahme einer Person, die ausschliesslich in der Institution arbeitet, leben alle Teilnehmenden auch in den jeweiligen Institutionen. Die Gruppendiskussionen wurden mittels eines Leitfadens strukturiert, der offene Fragen beinhaltete und den Teilnehmenden Raum gab, ihre Perspektiven einzubringen. Methodisch wurde darauf geachtet, durch einfache Sprache, visuelle Materialien sowie ausreichend Zeit die Partizipation aller Teilnehmenden zu ermöglichen. Die Teilnehmenden wurden gefragt, wo und wann sie sich sicher fühlen in der Institution und welche konkreten Gewaltsituationen sie im Alltag erleben oder erlebt haben. Ausgehend von diesen Schilderungen wurden Bedarfe und Unterstützungswünsche im Kontext von Gewaltprävention erfragt.

Ausgewählte Ergebnisse

Aus den Gruppendiskussionen in der ersten Projektphase lassen sich fünf zentrale Ergebnisse ableiten:

1. *Vielfältige Erfahrungen von Gewalt:* Menschen mit Beeinträchtigungen erleben Gewalt in unterschiedlichen Formen – körperliche und psychische Gewalt durch Mitbewohnende und Fachpersonen. Sie berichten aber auch von früheren Erfahrungen in der Schule, in der Ausbildung oder in Institutionen, in denen sie zuvor lebten oder arbeiteten. Besonders belastend sind Situationen, die geprägt sind durch Machtungleichgewichte und Abwertung, insbesondere durch Fachpersonen.
2. *Sicherheit durch Beziehungen und Strukturen:* Schutz vermitteln vor allem stabile Beziehungen und verlässliche Strukturen. Die befragten Personen empfinden vertraute Bezugspersonen, eine gute Zusammenarbeit zwischen den Zuständigen innerhalb der Institution und dem privaten Umfeld sowie klare Zuständigkeiten (z. B. Meldestelle) als schützend. Dazu tragen auch transparente Abläufe sowie räumliche Rückzugsmöglichkeiten (z. B. abschliessbare Zimmer) bei.
3. *Bedeutung unabhängiger Anlaufstellen:* Die befragten Personen erleben Vertrauens- und Meldestellen als wichtige Ressource, insbesondere wenn sie unabhängig, niederschwellig und gut erreichbar sind. Entscheidend ist, dass Meldemöglichkeiten bekannt und im Alltag präsent sind.
4. *Besonders vulnerable Gruppen erreichen:* Gewaltprävention muss auch jene Personen einschliessen, die sich aufgrund kognitiver oder kommunikativer Einschränkungen nur begrenzt in die Gewaltprävention einbringen können. Unterstützte Kommunikation (z. B. Piktogramme, visuelle Hilfsmittel oder digitale Medien) wird als zentraler Zugang benannt, um Teilhabe zu ermöglichen und frühzeitig auf Belastungen zu reagieren.
5. *Bedarf an Stärkung, Sensibilisierung und gemeinsamer Kultur:* Bildungsangebote zu Themen wie Nähe und Distanz, Selbstbestimmung oder dem Setzen von Grenzen werden als hilfreich erlebt. Sie sollen praxisnah und unter Einbezug von Unterstützter Kommunikation gestaltet sein sowie in einer empathischen, wertschätzenden und empowernden Haltung vermittelt werden. Gleichzeitig wird eine institutionelle Kultur gefordert, in der Bewohner:innen, Fachpersonen und Leitung die Gewaltprävention als gemeinsame Aufgabe verstehen.

In einem zweiten Schritt wurde ein Online-Fragebogen an 38 Inhaber:innen von Meldestellen in Institutionen versendet. So sollte die Perspektive von Fachpersonen mit Verantwortung und Praxiserfahrung in die Gewaltprävention einbezogen werden. Insgesamt nahmen 16 Fachpersonen an der Befragung teil (Rücklaufquote: 42 %). Die Ergebnisse ergänzen die Sichtweisen der Bewohner:innen. Sie zeigen deutlich, dass Gewalt und Gewaltprävention in Institutionen hochrelevant sind:

1. *Häufigkeit von Gewalt:* Die Einschätzungen der Fachpersonen verdeutlichen, dass Gewalt in Institutionen präsent ist. 6 Prozent der Befragten geben an, dass Gewalt sehr häufig vorkommt. 38 Prozent schätzen, dass sie eher häufig und weitere 38 Prozent, dass sie gelegentlich vorkommt. 19 Prozent bewerten Gewalt als selten vorkommend. Niemand gibt an, dass Gewalt nie vorkommt.

2. *Dringliche Schutzbereiche:* Bei den Schutzbereichen, die als besonders dringend eingeschätzt wurden, stehen vor allem Gewalthandlungen durch Mitbewohner:innen im Vordergrund. Am häufigsten genannt werden der Schutz vor verbaler Gewalt durch Mitbewohner:innen (88 %). Ebenfalls häufig genannt werden der Schutz vor körperlicher Gewalt durch Mitbewohner:innen (50 %) sowie vor struktureller Gewalt (50 %). Darüber hinaus schätzen die befragten Personen auch den Schutz vor psychischer Gewalt durch Mitbewohner:innen als relevant ein (38 %).
3. *Eingeschränkte Fähigkeit, Gewalt zu erkennen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen:* Die Fähigkeit der Bewohner:innen, Gewalt zu erkennen und Unterstützung einzufordern, wird von den befragten Fachpersonen überwiegend als eingeschränkt eingeschätzt. Auf einer fünfstufigen Skala von 1 (= sehr gering) bis 5 (= sehr gut) bewerten 19 Prozent diese Fähigkeit als sehr gering, 25 Prozent als gering (Wert 2) und 38 Prozent als mittelmässig (Wert 3). Lediglich 19 Prozent der Befragten schätzen die Fähigkeit der Bewohner:innen, Gewalt zu erkennen und Unterstützung einzufordern, als gut (Wert 4) oder sehr gut ein. Damit zeigt sich: Eine hohe Gewaltbetroffenheit geht einher mit begrenzten Möglichkeiten, Gewalt zu erkennen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
4. *Ausbaufähige Nutzung und Bekanntheit von Meldestellen:* Bewohner:innen nutzen Meldestellen insgesamt nur begrenzt. 25 Prozent der befragten Fachpersonen geben an, dass die Meldestelle nie direkt von Bewohner:innen kontaktiert wird; bei 56 Prozent erfolgt dies lediglich ein- bis dreimal pro Monat. Gleichzeitig ist die Meldestelle den Bewohner:innen sehr unterschiedlich bekannt: 13 Prozent der Befragten schätzen sie als gar nicht bekannt ein, 25 Prozent als eher wenig bekannt, 19 Prozent als mittelmässig bekannt, 38 Prozent als gut bekannt und 6 Prozent als sehr gut bekannt. Dies weist darauf hin, dass Bewohner:innen stärker über Meldestellen informiert werden müssen.
5. *Vorhandene Angebote bei gleichzeitigem Entwicklungsbedarf:* Positiv ist, dass 88 Prozent der Institutionen bereits gezielte Angebote haben, um die Bewohner:innen darin zu stärken, Gewalt zu erkennen und zu benennen sowie Unterstützung einzufordern. Am häufigsten genannt werden Materialien in Leichter Sprache oder mit Piktogrammen (73 %) sowie Workshops und Schulungen für Bewohner:innen und visualisierte Beschwerdemöglichkeiten (je 60 %). Gleichzeitig zeigen die offenen Antworten, dass es weiterhin Lücken gibt. Genannt werden insbesondere der Bedarf an regelmässigen und wiederholten Inputs, an mehr Materialien der Unterstützten Kommunikation, an Peer-Ansätzen sowie an Erfahrungsräumen zur Stärkung von Selbstwirksamkeit. Zudem finden die befragten Personen verständliche Informationen über Rechte und Meldemöglichkeiten sowie spezifische Zugänge für Menschen ohne Lautsprache oder mit schwerer Mehrfachbeeinträchtigung wichtig. Als besonders geeignet für die zukünftige Präventionsarbeit erachten sie visualisierte Handlungsschritte im Sinne von «Was tun bei ...?». Sie nannten auch interaktive Trainings, Bilderbücher in Leichter Sprache, kurze Videos sowie Peer-Schulungen.

Die Ergebnisse der beiden Erhebungen wurden in einem nächsten Schritt wiederum mit ausgewählten Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen besprochen. Auf dieser Grundlage wurden erste Punkte formuliert, die in der nächsten Projektphase entwickelt werden sollen: Zum Beispiel ein interaktives Lehrmittel für Weiterbildungskurse zur Gewaltprävention, das die Perspektiven der Betroffenen integriert und praxisnah in Institutionen eingesetzt werden kann.

Implikationen für die Praxis und Ausblick

Die Ergebnisse des Projekts VIA verdeutlichen, dass Gewaltprävention in Institutionen der Behindertenhilfe sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene ansetzen muss. Die Handlungskompetenz von Menschen mit Beeinträchtigungen soll gestärkt werden, damit sie Gewalt erkennen, benennen und Unterstützung einfordern können. Gleichzeitig braucht es niederschwellige, verständliche und alltagsnahe Angebote, die an die unterschiedlichen kommunikativen Voraussetzungen der Zielgruppe angepasst sind.

Die Verantwortung für Gewaltprävention darf jedoch nicht an die betroffenen Personen delegiert werden. Vielmehr sind Institutionen gefordert, strukturell verankerte Präventions- und Schutzmechanismen bereitzustellen. Dazu

gehören transparente und zugängliche Meldestrukturen, klare Zuständigkeiten sowie eine Organisationskultur, in der Grenzverletzungen ernst genommen und konsequent bearbeitet werden (u. a. Schröttle, 2024; Dusel & Schlegl, 2022; Calabrese et al., 2025; ARTISET, 2024). Werden Klient:innen in die Entwicklung struktureller Massnahmen einbezogen, stärkt dies eine wirksame Präventionskultur, die bestehende Machtverhältnisse hinterfragt und verändert.

Für die Praxis bedeutet dies, dass Gewaltprävention konsequent partizipativ gestaltet werden sollte. Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen sind als Expert:innen in eigener Sache aktiv einzubeziehen. Mit Unterstützter Kommunikation, visualisierten Materialien sowie adressat:innengerechten Lernformaten können auch besonders vulnerable und oftmals marginalisierte Gruppen erreicht werden.

Aktuell wird ein Förderantrag für die nächste Projektphase erarbeitet. Deren Ziel ist es, konkrete, praxistaugliche Produkte im Sinne eines partizipativen Designs zu entwickeln. Diese Produkte sollen Fachpersonen und Bewohner:innen dabei unterstützen, Gewaltprävention im Alltag wirksam umzusetzen und nachhaltig in institutionellen Strukturen zu verankern. So können Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen in stationären Settings der Behindertenhilfe besser vor Gewalt geschützt werden.



Prof. Dr. Stefania Calabrese
Verantwortliche Kompetenzzentrum Behinderung und Lebensqualität
Hochschule Luzern
Mitglied der Fachstelle
Prävention von *Anthrosocial*
stefania.calabrese@hslu.ch



Andreas Fink
Geschäftsführung sebit
Schweiz
andreas.fink@sebit.ch



Carla Clavadetscher
Sozialpädagogin FH
Mitglied der Fachstelle
Prävention Anthrosocial
Beraterin Schutz und Raum GmbH
carla.clavadetscher@outlook.com



Andreas Tauber
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Departement Soziale Arbeit
Hochschule Luzern
andreas.tauber@hslu.ch

Literatur

- ARTISET (2024). *Erarbeitung eines Konzepts zum Umgang mit Macht, Grenzverletzungen, Gewalt. Leitfaden für Institutionen für Menschen mit Unterstützungsbedarf*. https://artiset.ch/de/themen/menschen-unterstuetzen/integritaet-schuetzen?_hash=AghcEkL8yFQeTJETs0goUaYiWBt-JuWKB9fkvTlfvBN4&ctx=a%3A1%3A%7Bs%3A2%3A%22id%22%3Bi%3A145964%3B%7D&p=artiset%2Fthemen_17_integritaet_schuetzen%2Fkonzept_zum_umgang_mit_macht_grenzverletzungen_gewalt_leitfaden__artiset__2024.pdf
- Beadle-Brown, J., Mansell, J., Cambridge, P., Milne, A. & Whelton, B. (2010). Adult Protection of People with Intellectual Disabilities: Incidence, Nature and Responses. *Journal of Applied Research in Intellectual Disabilities*, 23 (6), 573–584. <https://doi.org/10.1111/j.1468-3148.2010.00561.x>
- Calabrese, S., Clavadetscher, C. & Gross, M. (2025). Institutionsinterne Meldestellen als Element der Gewaltprävention. Potenziale, Herausforderungen und Grenzen. *Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik*, 31 (6), 33–38. <https://doi.org/10.57161/z2025-06-06>
- Caviezel Schmitz, S. & Krüger, P. (2023). Wie zugänglich sind Hilfsangebote für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderungen? *Schweizerische Zeitschrift für Heilpädagogik*, 29 (06), 38–44. <https://doi.org/10.57161/z2023-06-06>

- Codina, M., Díaz-Faes, D. & Pereda, N. (2024). Better at home or in residential care? Victimization of people with intellectual disabilities at the hands of caregivers. *Research in developmental disabilities*, 146, 104689.
<https://doi.org/10.1016/j.ridd.2024.104689>
- Dusel, J. & Schlegl, B. (2022). *Schutz vor Gewalt in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen – Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis*. <https://www.publikationen-bundesregierung.de/re-source/blob/2277952/2050362/512b14881e1ab3f09ce161cc883a7467/schutz-vor-gewalt-in-einrichtungen-fuer-menschen-mit-behinderungen-alltagssprache-2022-download-bbmb-data.pdf?download=1>
- Hughes, K., Jones, L., Wood, S. & Bellis, M. (2012). Violence against individuals with disabilities: a synthesis of studies on prevalence and risk. *Injury Prevention*, 18, A142–A143. <https://doi.org/10.1136/injuryprev-2012-040590j.7>
- Mayrhofer, H. & Fuchs, W. (2020). Gewalt an Menschen mit Behinderungen. Ausgewählte Ergebnisse der ersten österreichweiten Prävalenzstudie. *Zeitschrift Menschen*, 43 (3), 15–23.
- Mayrhofer, H., Schachner, A., Mandl, S. & Seidler, Y. (2019). *Erfahrungen und Prävention von Gewalt an Menschen mit Behinderungen*. https://www.uibk.ac.at/media/filer_public/7c/00/7c00a5c5-b74e-43f8-baf3-eda23eebd180/mayrhofer_et_al_2019_gewalt_an_menschen_mit_behinderungen_endbericht.pdf
- Schröttle, M., Arnis, M., Kraetsch, C., Homann, T., Weis, C., Herl, T., La Guardia, T. & Lehmann, C. (2024). *Gewalt und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe*. <https://www.bmbfsfj.bund.de/re-source/blob/241794/ed7d3d54afe63e4ba46d9b6fe9ecc12c/gewalt-und-gewaltschutz-in-einrichtungen-der-behindertenhilfe-kurzfassung-data.pdf>
- Starke, M., Larsson, A. & Punzi, E. (2024). People with intellectual disability and their risk of exposure to violence: Identification and prevention – a literature review. *Journal of Intellectual Disabilities*, 29 (3), 760–783.
<https://doi.org/10.1177/17446295241252472>
- Teubert, A. (2023). Konsequente Personenzentrierung zum Schutz vor (sexualisierter) Gewalt. *Teilhabe*, 62, 5–11.
- Tschan, W. (2012). *Sexualisierte Gewalt. Praxishandbuch zur Prävention von sexuellen Grenzverletzungen bei Menschen mit Behinderungen*. Huber.

Zur sprachlichen Überarbeitung und stilistischen Optimierung der Textpassagen wurde das KI-gestützte Tool *ChatGPT* (OpenAI) verwendet.